



Antwort auf die Wahlprüfsteine zur Landtagswahl 2024 – VdK Sozialverband VdK Hessen-Thüringen e.V

Frage 1: Was planen Sie, um Armut zu bekämpfen, die auch in Thüringen über 18% der Bevölkerung bedroht?

Antwort: Soziale Sicherheit müssen wir neu denken. Denn unsere Gesellschaft steht vor großen Herausforderungen, die wir nur dann bewältigen werden, wenn sich der und die Einzelne geschützt weiß vor existentiellen Nöten und Ängsten. Sorgen vor der Zukunft, sozialer Spaltung und Armut nehmen wir ernst. Dabei können wir auf gute Ansätze und die erfolgreiche Arbeit unserer Landesregierung in den letzten Jahren zurückgreifen.

In einem reichen Land sollte kein Mensch in Armut leben müssen. Doch das schaffen wir nur, wenn wir den Reichtum umverteilen. Die Politik der Bundesregierungen hat in den vergangenen Jahrzehnten dafür gesorgt, dass Reiche immer reicher werden, während sich Armut für viele Menschen auch in Thüringen strukturell verfestigt. Jedem Schritt der Ampel zurück zum Sanktions- und Diskriminierungssystem Hartz IV werden wir uns entgegenstellen. Besonders betroffen von Armut sind Kinder, Alleinerziehende und ältere Menschen, deren Rente nicht zu einem Leben in Würde reicht. In der Landespolitik ergreifen wir alle uns möglichen Maßnahmen, um Armut zu verhindern und zu beenden. Wir werden leistungsfähige soziale Infrastruktur sichern und ausbauen, um Armut und Ausgrenzung entgegenzuwirken.

Mit der Richtlinie zur Armutsprävention, aufeinander aufbauenden Förderprogrammen für in Not geratene Menschen in Thüringen sowie kommunaler Sozialraumplanung haben wir Wege aus Armut und Not unterstützt und werden dies weiterhin und mit den notwendigen finanziellen Beträgen tun.

Wir werden unser Landesprogramm »Solidarisches Zusammenleben der Generationen« weiterführen und finanziell gut ausstatten, damit kommunale Projekte der Jugend-, Bildungs-, Gesundheits-, Pflege- und Sozialpolitik im

Rahmen einer integrierten Sozialpolitik gut aufeinander abgestimmt werden und besser für den sozialen Zusammenhalt wirken.

Wir wollen im ländlichen Raum bestehende „Dorfkümmerer“ stärken und neue Projekte dieser Art unterstützen und anregen, die Hilfe für zum Beispiel ältere Menschen beim Einkaufen, der Organisation von Arztbesuchen oder der Vermittlung von Hilfsdiensten bieten und Ansprechpartner:innen vor Ort für Probleme im Alltag sind.

Der Anstieg der Tafel-Nachfrage ist ein dramatischer Weckruf und für einige ehrenamtliche Initiativen kaum mehr zu stemmen. Die Tafeln sind ein wichtiges Element um Lebensmittelverschwendung zu vermeiden und sie helfen dort, wo unsere Gesellschaft heute versagt. Gute Arbeit, bessere Löhne bzw. Renten und ein Preisdeckel für Lebensmittel, Energie und Mieten müssen Armut effektiv bekämpfen. Solange Tafeln und das ehrenamtliche Engagement nötig sind, werden wir ihre wichtige Arbeit weiterhin unterstützen.

Im Bund werden wir Bundesratsinitiativen, die das Ziel verfolgen, ein sanktionsfreies Bürgergeld auf den Weg zu bringen, unterstützen.

Wir brauchen Arbeitszeitmodelle, um Familienaufgaben, Erziehung und Betreuung von Kindern sowie Pflege von Angehörigen besser mit beruflichen Anforderungen vereinbaren zu können und die Arbeit zwischen den Geschlechtern gerechter zu verteilen. Die Hauptlast dieser Arbeit bei Frauen zu belassen, führt dazu, dass sie oft weniger verdienen und häufiger von Armut, auch Altersarmut betroffen sind.

Über den Bundesrat werden wir weiterhin für eine Verbesserung der Bedingungen für Arbeitende und Menschen ohne Beschäftigung streiten. Der allgemeine Mindestlohn muss zügig auf 15 Euro erhöht, eine armutsfeste Mindestausbildungsvergütung eingeführt, das Bürgergeld künftig um den inflationsbedingten Kaufkraftverlust des Vorjahres angepasst werden.

Wir werden uns im Bund für ein armutsfestes Mindestausbildungsentgelt für alle Auszubildenden einsetzen. Wir fordern eine deutliche armutsfeste Aufstockung der BAföG-Sätze sowie die Erweiterung der Anspruchsberechtigung und eine staatliche Ausbildungsbeihilfe. Wir wollen zudem Schulgeld und Prüfungsgebühren für Ausbildungsberufe abschaffen.

Um Altersarmut zu verhindern, bedarf es der Stärkung und Fortsetzung von familienpolitischen Maßnahmen und Arbeitsmarktprogrammen, die Armut bekämpfen.

Viele Probleme können wir hier vor Ort lösen - und das werden wir auf Landesebene auch tun. Aber eben nicht alles kann von der Landesregierung entschieden werden. Einen Deckel für Energiekosten und Nahrungsmittel, das kann nur die Bundesregierung beschließen. Eine gerechte Steuerpolitik für Entlastung der Menschen, das kann nur Berlin. Eine echte Kindergrundsicherung einführen, die unsere Kinder wirklich vor Armut

schützt, die kann nur die Bundesregierung einführen. Oder eine Rente, die niemanden im Osten mehr benachteiligt und vor Altersarmut schützt, das kann nur auf der Bundesebene geklärt werden. Damit wir unseren Thüringer Weg im Sozialen, in der Industrie- und Wirtschaftspolitik, beim Ausbau von Demokratie und Mitbestimmung, gegen die weitere Benachteiligung Ostdeutschlands und für eine soziale und ökologische Agrar-, Energie- und Umweltpolitik gehen können, werden wir im Bund für bessere Rahmenbedingungen kämpfen.

Frage 2: Welche Maßnahmen werden Sie in der kommenden Legislatur umsetzen, um Pflege- und Gesundheitsangebote in der Stadt und auf dem Land auszubauen sowie Pflegende und pflegende Angehörige konkret zu unterstützen?

Antwort: Gesundheitsvorsorge und medizinische Betreuung bei Krankheit müssen allen in Thüringen in gleicher Qualität zugänglich sein. Wichtig sind vor allem Maßnahmen, um Absolvent:innen aus medizinischen Studiengängen und Gesundheitsberufen in Thüringen zu halten. Dazu gehört auch, die Thüringer Stiftung zur Förderung der ambulanten ärztlichen Versorgung weiter auszubauen und zu stärken. Wir werden uns auch künftig im Bundesrat für eine bessere Finanzierung der Pflege und für die Einführung einer solidarischen gesetzlichen Kranken- und Pflegeversicherung einsetzen, in die neben abhängig Beschäftigten auch Beamt:innen, Freiberufler:innen, Selbstständige und Abgeordnete verpflichtend einbezogen sind. Die fünf bereits bestehenden Pflegestützpunkte bieten Beratungsangebote für pflegende Angehörige. Den Aufbau dieser barrierefreien kommunalen Pflegeberatungsstellen wollen wir weiter unterstützen. Pflegende Angehörige werden wir weiter durch Beratung und Begleitung stärken. Wir drängen darauf, die Vereinbarkeit von Pflege und Beruf weiter zu erleichtern und auch Männer darin zu unterstützen, sich an häuslicher Pflege beteiligen zu können. Wir wollen nach Wegen suchen, die Investitionskosten für Heimbewohnende auf anderem Wege zu finanzieren.

Frage 3: Wie werden Sie sich im Landtag dafür einsetzen, dass das Land den Städten und Kommunen bei dem Erhalt und dem Ausbau sozialer Infrastruktur unterstützt?

Antwort: In den zurückliegenden Jahren haben wir in der Landesregierung uns unter anderem für eine flächendeckende und gute Kinderbetreuung eingesetzt, zwei beitragsfreie Kindergartenjahre eingeführt, die soziale Infrastruktur für Familien erhalten und ausgebaut, Unternehmen bei der Einführung familienfreundlicher Arbeit unterstützt, die Familienförderung neu aufgestellt und die Thüringer Allianz für Familie und Beruf neu ausgerichtet.

Zum Erhalt und Ausbau der sozialen Infrastruktur planen wir eine Reihe an Maßnahmen und Vorhaben:

Wir haben den Anspruch, dass jegliche Beratungsstellen für Familien, Frauen- und Familienzentren gut und sicher arbeiten können, weil sie ausfinanziert sind. Dafür haben wir mit dem Landesprogramm „Solidarisches Zusammenleben der Generationen“ (LSZ) den Grundstein gelegt. Die Kommunen erhalten damit Fördermittel zur Sicherung der sozialen Infrastruktur. Damit schaffen wir auch Angebote zur Unterstützung von Familien im städtischen und ländlichen Bereich – orientiert an den konkreten Bedarfen der unterstützten Familien, generationenübergreifend und das erhöhte Armutsrisiko von Frauen berücksichtigend. Dieses Landesprogramm werden wir stärken und ausbauen, indem wir es mit mindestens 20 Millionen Euro jährlich untersetzen.

Wir wollen Maßnahmen und Angebote, die den generationsübergreifenden Austausch weiter stärken, wie Thüringer Eltern-Kind-Zentren (ThEKiZ), Nachbarschaftsläden, Mehrgenerationenhäuser oder auch Projekte für z.B. gemeinsames Lernen weiter fördern. Eine Verstetigung der überörtlichen Familienförderung muss fester Bestandteil der Thüringer Familienpolitik sein, damit Familien insgesamt und insbesondere auch die Teilhabe von Familien mit besonderem Unterstützungsbedarf und niedrigem Einkommen gestärkt werden. Wir wollen die Bereitstellung von inklusiven, niedrigschwelligen und kostenfreien Freizeitangeboten für Familien.

Für passgenaue Unterstützungsmöglichkeiten für Thüringer Familien soll eine regelmäßige Evaluation in Form eines Generationenberichtes erarbeitet werden, der Handlungsempfehlungen für die Thüringer Familien- und Seniorenpolitik beinhaltet.

Das kommunalpolitische ehrenamtliche Engagement von Eltern ist von großer Bedeutung. Um sie zu unterstützen und ihren Alltag zu entlasten, wollen wir geeignete Betreuungs- und Unterstützungsangebote installieren und Maßnahmen zur besseren Vereinbarkeit von Familie, Beruf und Ehrenamt fördern.

Wir werden das Landesprogramm AGATHE - Älter werden in der Gemeinschaft auf alle Thüringer Regionen ausbauen und die Finanzierung verstetigen. AGATHE unterstützt insbesondere alleinlebende Seniorinnen und Senioren und unterstützt sie, wieder stärker am gesellschaftlichen Leben teilzunehmen. Somit ist AGATHE eine konkrete Maßnahme gegen Einsamkeit im Alter.

Wir fordern, die Verdienste von Senior:innen für unser Zusammenleben zu würdigen und den großen persönlichen Einsatz vieler zu fördern. Darum wollen wir die Förderung der ehrenamtlichen Seniorenbeiräte und -beauftragten sowie die regionalen Seniorenbüros als Anlaufstellen bei Fragen sicherstellen und ausbauen und die ehrenamtliche Seniorenarbeit gesetzlich stärker verankern.

Frage 4: Was sind Ihre Vorschläge, um mehr barrierefreien Wohnraum zu schaffen und um schon vorhandenen Wohnraum barrierefrei nachzurüsten?

Antwort: Wir antworten auf die Krise der Daseinsvorsorge - mit massiven Investitionen der öffentlichen Hand in Gesundheit und medizinische Versorgung, einer guten Krankenhausplanung, einer landeseigenen Wohnungsbaugesellschaft als Ergänzung zu kommunalem und genossenschaftlichem Wohnungsbaus, sozialem und barrierefreiem Wohnungsbau, Schritten hin zu guter Arbeit, Soziales und Bildung, bessere Busse und Bahnen mit einer Landesverkehrsgesellschaft, mit Breitband auch im Dorf, für eine bezahlbare Versorgung mit Strom und Wärme und mit einer Offensive für beitragsfreie Bildung von der Krippe bis zur Erwachsenenbildung, damit alle mitreden können. Das ist unser Thüringer Sozialstaatsversprechen: Alles, was jede:r braucht, muss in öffentliche Hand.

Wohnen ist ein existenzielles Bedürfnis und ein Menschenrecht. Vor allem in den wachsenden Regionen ist der Bedarf nach bezahlbarem Wohnraum groß. Aber selbst in kleineren Städten steigen Mieten und wir erleben den Aufkauf von Wohneigentum durch größere Eigentümer zur Profitmaximierung. Zudem brauchen immer nicht nur mehr ältere Menschen in ganz Thüringen - auch im ländlichen Raum - barrierefreien und preiswerten Wohnraum. Die Linke Thüringen orientiert sich an den Zielen des gemeinnützigen Wohnungsbaus: bezahlbare Wohnungen für breite Teile der Bevölkerung!

Wir werden lebendige Stadtentwicklung und Wohnquartiere mit einer guten sozialen Mischung fördern - ebenso wie eine vielfältige, bedarfsgerechte Infrastruktur. Wohnungspolitik verstehen wir als Teil der Stadt- und Quartiersentwicklung. Die Schaffung neuen Wohnraums und die Städtebauförderung werden wir eng miteinander verknüpfen.

Angesichts des teils gravierenden Mangels an bezahlbarem Wohnraum in den größeren Städten werden wir funktionalen Wohnungsbau und serielles Bauen fördern. Vorgefertigt Gebäudeteile oder Module, die mehrfach produziert oder aus wiederverwerteten Baustoffen hergestellt werden, können vor Ort zusammengesetzt und miteinander verbunden werden. Das bringt angesichts des Wohnungsmangels Zeit- und Kostenvorteile.

Wir setzen uns dafür ein, dass Menschen mit Behinderung ein selbstbestimmtes und diskriminierungsfreies Leben führen können. Deshalb ist auch die Umsetzung von Inklusion und Barrierefreiheit dringend und unverzüglich notwendig. Eine Teilhabe in ausnahmslos allen Bereichen des Lebens muss möglich sein: Ob in der Schule, auf der Arbeit, oder bei einem Museumsbesuch in der Freizeit. Für uns beschränkt sich Barrierefreiheit nicht nur auf den Zugang in ein Gebäude. Es geht beispielsweise genauso um ein notwendiges Bewusstsein aller Menschen in der Gesellschaft, Texte in einfacher Sprache, die Übersetzung von Sprache oder die Bereitstellung von technischen Hilfsgeräten zum besseren Sehen oder Hören. Darum wollen wir die UN-Behindertenrechtskonvention in Thüringen weiter umsetzen. Deshalb möchten wir zum Beispiel

- den Zugang zu politischer und gesellschaftlicher Mitbestimmung ausbauen;
- im schulischen Bereich eine Aus- und Weiterbildungsoffensive für den sonderpädagogischen Bereich starten;
- die besondere Förderung von Barrierefreiheit bei Sportvereinen und den Bau inklusiver Sportanlagen fördern;
- den Ausbau und die Stärkung von barrierefreien Haltepunkten und Fahrzeugen im Öffentlichen Personennahverkehr umsetzen;
- aus der Evaluierung des Thüringer Gesetzes zur Inklusion und Gleichstellung von Menschen mit Behinderung (kurz: ThürGIG) die Rechte und Freiheiten von Menschen mit Behinderung gesetzlich weiterentwickeln;
- die Beibehaltung und Stärkung der Nachteilsausgleiche wie das Thüringer Sinnesbehindertengeld;
- eine stärkere Einbindung von Beauftragten für Menschen mit Behinderung in den Thüringer Kommunen.

An dieser Stelle auch noch der Hinweis, dass unsere Partei sich durch einen Parteitagsbeschluss für den barrierefreien Zugang der Wahlkreisbüros der Landtagsabgeordneten WKBs einsetzt, um auf Augenhöhe mit den Bürgerinnen und Bürgern diskutieren zu können.

Kurz gesagt: Wir wollen Barrieren abbauen, überall dort, wo Barrieren vorhanden sind.

Erfurt, 06.08.2024